

**Rede
der Sprecherin für Frauenpolitik**

Dr. Thela Wernstedt, MdL

zu TOP Nr. 38

Erste Beratung

**Menschenwürde bewahren - Frauen vor Gefahren in
sogenannten Lovemobilen schützen**

Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/3264

während der Plenarsitzung vom 29.03.2019
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Das, was die AfD mit ihrem Antrag tut, nennt man in der Politik wohl klassischerweise, sich hinter einen fahrenden Zug zu schmeißen.

Meine Kolleginnen haben es schon ausführlich dargelegt: Wir haben uns vor inzwischen sechs Jahren sehr ausführlich mit diesem Thema beschäftigt - damals vor dem Hintergrund eines CDU-Antrags. Wir haben als Schlussfolgerung einen Runden Tisch gegründet, bei dem die zuständigen Ministerien - Innenministerium, Sozialministerium und auch das für Steuerfragen zuständige Finanzministerium - mit den Lobbyvertretern von Bordellen und mit Beratungsstellen wie Phoenix zusammengekommen sind und sich sehr ausführlich mit einzelnen Aspekten der Prostitution in Niedersachsen und in Deutschland auseinandergesetzt haben.

Unter anderem - Frau Bruns hat es schon ausgeführt - haben wir uns auch in solche Stätten hineinbegeben und uns jenseits fantasievoller Ausschmückungen, wie sie Herr Bothe in seiner Rede dargeboten hat, mit der Realität bzw. einem Ausschnitt der Realität, den man bei solchen Begehungen nur sehen kann, beschäftigt.

Die Realität sieht an solchen Stellen dann sehr viel undramatischer aus. Das schließt aber nicht aus, dass dort - das wissen wir auch - Verbrechen und auch grauenvolle Dinge passieren und es dort organisierte Kriminalität gibt. Aber es gibt auch regulierte Bereiche. Die Prostitutionsschutzgesetze von 2002 und 2017 haben das explizite Ziel, den Bereich der Prostitution zu regulieren, sichtbar zu machen und den Schutzstatus der Frauen immer weiter auszubauen und sie in eine geregelte Prostitutionstätigkeit zu überführen.

Das gelingt schrittweise, und ich glaube, das ist der richtige Weg. Wie wir gehört haben, sind alle Fraktionen bis auf die AfD dieser Ansicht.

Über die Sperrbezirke ist hier schon ausführlich gesprochen worden. Auch die SPD-Fraktion hält nichts davon. Auch wir denken, dass das rechtlich nicht

abbildbar und auch nicht sinnvoll ist, weil die Prostituierten dadurch in dunkle Bereiche abgedrängt werden.

Die übrigen Forderungen, die die AfD zu Mindestanforderungen an Hygiene und Sicherheit für die Prostituierten richtigerweise aufgestellt hat, werden bereits in zwei Arbeitsgruppen des Ministeriums umgesetzt, in denen mit Betreiberinnen und Betreibern und Beratungsstellen realistische, realitätsnahe Lösungen für all diese Fragen gesucht werden. Zum Teil sind die Forderungen schon umgesetzt, zum Teil sind sie in der Umsetzung begriffen. Insofern schmeißen Sie sich auch da hinter einen fahrenden Zug.

Die Prostitutionsschutzgesetze wollen die Bereiche für die Prostituierten und auch für die Kunden sicher gestalten. Das betrifft Hygieneanforderungen, aber auch Sicherheitsanforderungen. Wir stehen dahinter, dass das in ordentlicher Weise ausgeführt wird. Wahrscheinlich wird die Landesregierung uns das gleich noch ausführen. Der Antrag ist aus unserer Sicht abzulehnen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.